

Haushaltsrede Gruppe DIE LINKE im Kreistag Rhein Kreis Neuss in der Sitzung des Kreistages am 13. 3.2012 - Gruppenvorsitzender Hans Wilhelm Grütjen

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

Vor gut 2000 Jahren hat der römische Staatsmann Cicero folgendes niedergeschrieben: „Der Haushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden. Die Arroganz der Behörde muss gemäßigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht pleite gehen soll.“ Diese Aussage Ciceros ist für die Bundesrepublik Deutschland heute aktueller denn je. Lassen sie mich dies an einigen Beispielen erläutern:

Allen die Zahlungen respektive die Risiken im Rahmen der Griechenlandkrise belaufen sich für unser Land auf gegenwärtig 547 Milliarden Euro, Tendenz rasant steigend. Weitere Krisenländer schulden der Deutschen Bundesbank 100 Milliarden Euro. Rasant gestiegen ist auch die Verschuldung der öffentlichen Haushalte im Inland: von 2004 bis 2011 stiegen die öffentlichen Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden in der Summe von 1,42 Billionen Euro auf 2,02 Billionen Euro. Die Schulden des Bundes stiegen im genannten Zeitraum von 869 Milliarden auf 2,28 Billionen, die der Bundesländer von 448 Milliarden auf 609 Milliarden, die der Gemeinden von 111 Milliarden auf 128 Milliarden.

Differenziert man nach der prozentualen Steigerung der jeweiligen Verschuldung, zeigt sich, dass die Zunahme der Bundesschulden mit 48 Prozent über der Zunahme der Gesamtverschuldung von 42 Prozent liegt, während die Zunahme der Länderschulden unterproportional bei 36 Prozent und die Zunahme der Gemeindeschulden bei „lediglich“ 11 Prozent liegt. Diese Entwicklung spiegelt sich auch bei der strukturellen Zusammensetzung der öffentlichen Gesamtverschuldung wider: lag der Bundesanteil 2004 noch bei 61 Prozent, lag er in 2011 bei 64 Prozent, der Anteil der Länderschulden fiel von 31 Prozent auf 30 Prozent, der Anteil der Gemeinden reduzierte sich von 8 Prozent auf 6 Prozent.

Die Euro Länder haben sich in der Krise zum Sparen verpflichtet. Dabei soll Deutschland ein Musterschüler sein. Tatsache ist: Der Bund hat seine selbst gesteckten Sparziele 2011 deutlich verfehlt. Nur 42 Prozent der Summe, die Union und FDP im Haushalt streichen wollten, wurde auch tatsächlich eingespart. Dies meldete der "Spiegel" unter Berufung auf Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln (IW). Demnach kamen nur 4,7 der 11,2 Milliarden Euro zusammen, die im sogenannten Sparpaket veranschlagt waren.

Die oben genannten makroökonomischen Zahlen können den Eindruck entstehen lassen, die kommunale Familie sei im Gegensatz zur Bundesebene im betrachteten Zeitraum auf dem Weg der finanziellen Gesundung ein gutes Stück vorangekommen und damit auf einem guten Weg. Dass die Finanzsituation der Kommunen derzeit prekär ist, verdeutlicht der Kämmerer der Stadt Leverkusen mit dem Hinweis, es gebe „zum Teil griechische Verhältnisse bei den Stadtfinanzen in NRW.“ Unterstrichen wird diese Einschätzung durch die Tatsache, dass gegenwärtig 34 Kommunen in NRW bilanziell überschuldet sind und derzeit mehrere Kommunen in NRW keine Bankkredite bekommen.

Vor diesem Hintergrund verkündete die WL Bank Münster, dass "die WL Bank Münster, eine Tochter der Volks- und Raiffeisenbanken und spezialisiert auf die Finanzierung von Kommunen, entschieden hat, keine Kredite mehr an Nothaushalts Kommunen zu vergeben". Und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) "verleiht nur noch bis zu 750 Euro pro Einwohner an eine Kommune". lediglich 8 Kommunen, also ganze 1,86 Prozent, einen ausgeglichenen Haushalt aus. Mit 167 Kommunen befand sich mit knapp 39 Prozent der größte Teil der NRW Kommunen in der Haushaltssicherung, von diesen hatten nur 30 ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept.

Dem Nothaushaltsrecht nach § 82 GO unterlagen 137 Kommunen, mithin rund 32 Prozent.

Unterstrichen wird dies durch die Tatsache, dass gegenwärtig 34 Kommunen in NRW bilanziell überschuldet sind und derzeit eine Kommune in NRW keine Bankkredite bekommt.

In NRW sind die Verbindlichkeiten der Kommunen auf mehr als 52 Milliarden Euro angewachsen. Davon entfallen auf die sogenannten Kassenkredite oder auch Liquiditätskredite bereits rund 20 Milliarden Euro. Sie werden kurzfristig aufgenommen, um die Zahlungsfähigkeit also den Handlungsspielraum zu erhalten. Doch längst sind daraus langfristige Schulden geworden. In einer Studie des NRW Landesministerium für Inneres und Kommunales heisst es: „Ohne konsequente Gegenmaßnahmen ist zu erwarten, dass die Liquiditätskredite der nordrhein westfälischen Kommunen bis Ende 2020 auf etwa 50 Milliarden Euro anwachsen werden.“

Wie im Vorjahr wurde durch den StGB mit der Haushaltsumfrage der Abbau der Ausgleichsrücklage der Anteil des Eigenkapitals, der im NKF zum fiktiven Haushaltsausgleich eingesetzt werden kann - sowie des Eigenkapitals allgemein abgefragt. Bis Ende 2011 werden 247 StG NRW Mitgliedstädte und Gemeinden ihre Ausgleichsrücklage vollständig aufgebraucht haben. Für 2012 erwarten dies 53 Kommunen und für die beiden Folgejahre noch einmal 29 Kommunen. Dies bedeutet, dass im Finanzplanungszeitraum insgesamt 329 StGB NRW Mitgliedskommunen etwa 90 Prozent ihre Ausgleichsrücklage vollständig aufgebraucht haben werden.

Sieben Kommunen haben bereits jetzt das Eigenkapital vollständig verzehrt, bei weiteren 21 StGB NRW Mitgliedskommunen zeichnet sich eine Überschuldung im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung ab.

Ein weiteres Problem sind die strukturellen Defizite der NRW Kommunen: Das von der Landesregierung in Auftrag gegebene Gutachten Junkernheinrich/Lenk beziffert diese Defizite auf jährlich 2,15 Mrd. zzgl. jährliche Zinsen von rund 400 Mio. Legt man die Vorgaben des NKF zugrunde, ist diese Lücke noch größer.

Sehr hohe Steuerausfälle bedingten die Steuerrechtsänderungen der rot grünen Bundesregierung, von denen aufgrund des von 53 % auf 42 % abgesenkten Satzes reiche Haushalte profitierten. Der Unternehmenssektor wurde durch die Einkommensteuersenkung wie auch durch die Reform der Körperschaftsteuer kräftig entlastet. (jährlich 11 Mrd. Euro). Die gesamten Steuerausfälle der öffentlichen Hand durch das steuerpolitische Handeln lassen sich mit Hilfe der Finanztableaus der einzelnen Steuerrechtsänderungen, die in den Finanzberichten des BMF enthalten sind, seit 1998 den Jahren 2001 bis 2005 zwischen 24 und 43 Mrd. Euro, was gut 1 bis 2 % des deutschen BIP entspricht.

Unter der Großen Koalition hat die Steuerpolitik bis zum Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst 2008 per saldo einen anderen Kurs eingeschlagen: Zwar hat es auch in dieser Zeit zahlreiche steuerliche Entlastungen vor allem für den Unternehmenssektor gegeben - zu denken ist hier an die im Jahr 2007 verabschiedete und im Folgejahr in Kraft getretene Unternehmenssteuerreform 2008, die die Unternehmen um jährlich etwa 5 Mrd. Euro entlastet hat.

Wird die Wirkung der Steuerpolitik von Rot-Grün seit 1998 und von Schwarz Rot in den Jahren 2006 und 2007 insgesamt betrachtet, dann sind hohe steuerreformbedingte Ausfälle in der Größenordnung von jährlich gut 20 Mrd. Euro auszumachen.

Betrachtet man die entsprechenden Steuerausfälle bis 2011 in NRW zeigt sich, dass dem Land jährlich durchschnittlich knapp 3 Milliarden Euro Einnahmen entgingen, den Kommunen in NRW entgingen jährlich durchschnittlich gut 1,6 Milliarden Euro. Erschwerend für die Kommunen ist hier zu vermerken, dass die Steuerausfälle seit 2008 über dem Mittelwert des betrachteten Zeitraum liegt # im Jahr 2011 beim doppelten Betrag des langjährigen Mittelwerts.

Lassen sie mich abschließend zu diesem Überblick darauf verweisen, dass diese zu Lasten der Gemeinden gehende Steuerpolitik seitens der Landes- und Bundesebene in der Vergangenheit ergänzt wurde durch eine immer stärkere Verlagerung von Aufgaben von Bundes- und zugewiesenen Aufgaben entsprechende Finanzmittel bereitgestellt wurden. Diese kontinuierliche Verletzung des Konnexitätsprinzips durch Bund und Land mit den dadurch den Kommunen aufokroierten Mehrausgaben sowie die durch Bund und Land verursachten Steuerausfälle der Kommunen nehmen den Kommunen seit Jahren die Luft zum Atmen, bluten sie finanziell aus und nehmen ihnen materiell das gesetzlich garantierte Recht der kommunalen Selbstverwaltung.

Die Kommunen sind in den Jahren 2000 und folgende unter beträchtlichen Druck geraten, weil die Einnahmen bei kontinuierlichem Anstieg der Ausgaben zunächst konstant bleiben und danach wegbrachen. Ursache hierfür sind die Steuersenkungen der rot-grünen Bundesregierung sowie die lange konjunkturelle Stagnationsphase, die bis ins Jahr 2005 anhielt und der sich anschließenden Weltwirtschaftskrise.

Sehr deutlich zeigt sich diese Schieflage bei der Betrachtung der Einnahmen- und Ausgabenquote der Gemeinden in NRW, also der Prozentuierung der jeweiligen Größen auf das Bruttoinlandsprodukt. Trotz restriktiver Ausgabenpolitik kämpfen die Kommunen in NRW mit einer strukturellen Unterfinanzierung. Als Indiz für die sehr zurückhaltende Ausgabenpolitik kann die Ausgabenquote (»kommunale Staatsquote«), also das Verhältnis der Kommunalausgaben zum gesamtwirtschaftlichen Produktionsvolumen, dem BIP angeführt werden, die in den Jahren 2000 bis 2007 mäßig von 8,6 auf 8,9 Prozent stieg. Parallel dazu sank die Einnahmequote in den Jahren 2000 bis 2005 von 8,5 auf 7,9 Prozent, um dann in 2007 auf den Ursprungswert 2000 zurückzukehren. Die Steigerung der Ausgabenquote bei fallender Einnahmequote konnte nur kreditfinanziert werden und ging zu Lasten der Investitionsquote, die sich in den Jahren 1992 von gut 2 Prozent am BIP auf knapp 0,9 Prozent am BIP mehr als halbierte.

Lassen Sie mich vor dem Hintergrund dieser kurzen Skizzierung der Entwicklung und des Standes der gegenwärtigen finanziellen Situation der kommunalen Familie aus dem Handwörterbuch des politischen Systems der BRD# zitieren: *Auf der ranghöchsten Ebene heißt es in Art. 28 Abs. 2 GG: "Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft# im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung".*

Ich denke, wir stimmen in diesem Hause überein, dass diese rechtlichkodifizierte Gewährleistung der Selbstverwaltung, die auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung der kommunalen Familie umfasst, kontinuierlich ausgehöhlt wurde. Die kommunale Familie wurde zum ausführenden Organ von Bundes und Landesebene degradiert und finanziell ausgeblutet.

Bei Vorstellung der 1. Modellrechnung des GFG 2012 veröffentlichte Kommunalminister Jäger die nachfolgende Pressemitteilung - ich zitiere auszugsweise:

*„Die Landesregierung wird den Kommunen mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2012 rund 8,4 Milliarden Euro auszahlen. Der Betrag steigt gegenüber 2011 um rund 500 Millionen Euro oder 6,3 Prozent. Das ist die höchste Summe, die in der Geschichte des Landes an die Kommunen gezahlt wird. Wir stehen zu unserem Versprechen und unterstützen die Kommunen nach Kräften bei der Sanierung ihrer Haushalte“,* sagte Kommunalminister Ralf Jäger..... *„Zusätzlich werden die Kommunen seit dem Regierungswechsel nicht mehr zur Konsolidierung des Landeshaushalts herangezogen und wieder am Aufkommen des Landes an der Grunderwerbsteuer beteiligt. Dadurch erhalten sie seit 2010 jährlich rund 300 Millionen Euro zusätzlich. Die 350 Millionen Euro Landesmittel im Stärkungspakt Stadtfinanzen eingerechnet, zahlt das Land den Kommunen im nächsten Jahr rund 8,75 Milliarden Euro. Wir gehen damit an die äußerste Grenze der finanziellen Möglichkeiten des Landeshaushaltes“,* betonte Jäger..... *„Die neue Systematik sorgt dafür, dass Geld da ankommt, wo es am dringendsten benötigt wird. Dies ist aus verfassungsrechtlicher Sicht auch zwingend geboten. Mit der zusätzlichen Unterstützung durch den Stärkungspakt haben auch hochbelastete Städte und Gemeinden wieder die Chance, zu einer selbstbestimmten Haushaltspolitik zurückzukommen.,* erklärte Jäger.

Zentrale Termini des Ministers sind hier *„Sanierung ihrer Haushalte“* und *„zu einer selbstbestimmten Haushaltspolitik zurückzukommen.“* Der Minister meint damit die kommunale Familie, die Kreise, Städte und Gemeinden, deren Haushalte seit Jahrzehnten durch die Bundes und Landesebene finanziell ausgeblutet werden, unter permanenter Verletzung des Konnexitätsprinzips sich zunehmend verschulden und eine immer größere Last an Kassenkrediten schultern müssen.

Diese Situation zeigt sich auch im Rhein Kreis Neuss: Die acht Städte und Gemeinden und die Kreisebene kommen Ende 2010 auf insgesamt 1,3 Milliarden Euro Schulden, auf die Kreisebene entfallen hiervon 114 Millionen Euro. Die Stadt Neuss drücken mit 735 Millionen Euro die mit Abstand meisten Schulden der Kommunen im Kreisgebiet, gefolgt von Meerbusch mit 114 Millionen Euro und Korschenbroich mit 108 Millionen Euro.

Im zweistelligen Millionenbereich liegen die Schulden von Dormagen mit 95 Millionen, Grevenbroich mit 82 Millionen und Jüchen mit 47 Millionen Euro. Kaarst und Rommerskirchen sind mit jeweils 6 Millionen in in einer vergleichsweise komfortablen Lage.

Ein ähnliches Bild bietet sich bei den Kassenkrediten der Kommunen im Rhein Kreis Neuss: Diese „Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung“ betragen ausweislich der Statistik von IT NRW am 30.9.2011 in Neuss 78,9 Millionen und 41,9 Millionen Euro in Korschenbroich. Mit weitem Abstand folgen Meerbusch mit 11,4 Millionen Euro und Jüchen mit 10,8 Millionen. Dormagen und Grevenbroich sind hier mit 4,0 respektive 3,9 Millionen Euro in einer relativ komfortablen Situation, während Kaarst und Rommerskirchen keine Kassenkredite aufnehmen mussten.

Zusammenfassend lässt sich vor dem Hintergrund dieser Zahlen feststellen, dass die finanzielle Situation der Kommunen im Rhein Kreis Neuss relativ inhomogen aber durchgehend desaströs ist.

Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

auf der kommunalen Ebene im Rhein Kreis Neuss reichen die in diesem Jahr zufließenden Mehreinnahmen von über 70 Millionen Euro nicht aus, die Ausgaben von Kreis, Städten und Gemeinden zu decken. Die gesamte kommunale Familie im Rhein Kreis Neuss hat damit ein strukturelles Finanzierungsproblem.

Vor diesem Hintergrund halten wir die gegenwärtige finanzielle Situation im Rhein-Kreis Neuss und seinen Kommunen nicht für selbstverschuldet, sondern sehen sie begründet in der permanenten Unterfinanzierung der kommunalen Ebene und damit fremdbestimmt.

Wie in den vergangenen Jahren plädieren wir auch heute dafür, dass sich die Kreisebene ein Solidarität mit den kreisangehörigen Kommunen übt. Insofern halten wir die prozentuale Reduzierung der Kreisumlage für den richtigen, wenn auch zu kurz gegriffenen Ansatz.

Kritisch sehen wir hier, dass trotz Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr und prozentual reduzierter Kreisumlage die absolute Belastung der Kommunen über die gegenwärtig angesetzte Kreisumlage um 26 Millionen Euro steigt und die Mehrheit aus CDU und FDP einen Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage mit dem Hinweis auf die rechtliche Lage ablehnt. Unter dem oben dargelegten Aspekten der prekären finanziellen Situation der kreisabhängigen Kommunen halten wir deren absolute Mehrbelastung für nicht hinnehmbar.

Wir begrüßen, dass für zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen die Mittel um 200.000 Euro aufgestockt wurden, da auf diesem Weg Menschen in Arbeit gehalten respektive gebracht werden können und so auch ein Beitrag zur Entlastung der öffentlichen Kassen geleistet wird.

Kritisch sehen wir jedoch die im Kreishaushalt unterstellten Erwartungen über die geringeren Ausgaben im Sozialbereich im Vergleich zu 2011. Wir müssen davon ausgehen, dass diese Daten auf Sand gebaut sind und der tatsächlichen Entwicklung nicht standhalten.

Nach Abwägung aller für und gegen den Kreishaushalt sprechenden Argumente lehnen wir den Kreishaushalt 2012 ab.